

***Pressemitteilung des Tübinger DGB-Kreisverbands zur Kriminalisierung unseres Kollegen Tobias Kaphegyi***

## **Tarifflicht ist ein Verbrechen, nicht das Engagement gegen Lohndiebstahl!**

Der Einzelhandelsgigant Metro-AG begeht aktuell in einem besonders spektakulären Fall Tarifflicht. Das bedeutet für die Beschäftigten der Supermarktkette REAL, die nicht bei ver.di organisiert sind, deren befristeter Vertrag ausläuft oder die neu in den Betrieb eintreten, einen plötzlichen Lohnverlust von bis zu 30 Prozent ihres (früheren) Gehalts. Und das obwohl sie bei ständig wechselnden Einsatzzeiten und harter Arbeit, bestimmt nicht zu den Gutverdiener\*innen in Deutschland zählen! Gleichzeitig befeuert REAL damit massiv einen weiteren, zerstörerischen Lohndumpingwettbewerb innerhalb des Einzelhandels. Die Tarifflicht in Deutschland ist so massiv geworden, dass laut Statistischem Landesamt in Baden-Württemberg schon 2014 nur noch 47 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden entlohnt wurden, was eine immense Lohnspreizung und einen Verfall der Löhne der unteren Mittelschichten zur Folge hat – mitten innerhalb wirtschaftlich guter Zeiten und dicker Gewinne der Unternehmen. Das schafft sozialen Sprengstoff!

Gegen diesen sozialen Sprengstoff wurde am Freitag, den 13. Juli 2018, der DGB-Kreisverband Tübingen aktiv. Am Streiktag bei REAL wollten sich die ehrenamtlichen Kolleg\*innen mit den Beschäftigten solidarisch zeigen und Kunden der Supermarktkette über den miesen Umgang von REAL mit seinen Beschäftigten informieren. Sie verteilten Flugblätter in einer Tübinger REAL-Filiale im Stadtteil Weilheim bis einige ein Hausverbot erhielten. Die wenigen, an der kleinen Aktion beteiligten Kolleg\*innen, die sich in der Filiale verteilt hatten, telefonierten sich zusammen und wollten sich für eine kurze Abschlussbesprechung im sicheren öffentlichen Raum vor dem REAL-Gelände treffen, um den Hausverboten sofort nachzukommen. Dort wurde sich noch zu einem Abschlussfoto vor dem Markt aufgestellt. Nach kurzer Lage-Besprechung nach ca. fünf bis zehn Minuten wurde aufgebrochen und die Aktion beendet. Der Filialeiter rief unterdessen die Polizei, die drei der Beteiligten an ihrem Auto in einer Nebenstraße aufspürte, am Wegfahren hinderte und diese unter Androhung einer Verhaftung dazu drängte, Personalien abzugeben und einen Verantwortlichen zu benennen. Da der Ver.di-Kollege Tobias Kaphegyi seine Kinder von der KiTa abholen wollte, um dem Willen des Polizeibeamten nachzukommen und das ganze Prozedere auf freundliche Weise abzukürzen, gab der Kollege seine Personalien ab.

Und erhielt daraufhin nach einigen Wochen einen Strafbefehl über 1400 Euro als „Verantwortlicher“ wegen des scheinbaren Durchführens einer 10-minütigen nichtangemeldeten Versammlung von drei Personen vor dem REAL-Markt im öffentlichen Raum. Dabei wurde eine Kundgebung auf der Verkehrsinsel vor dem Real-Markt gar nicht durchgeführt, war niemals geplant und auch niemals Ziel der Aktion, da die Autofahrer\*innen dort in ihren Fahrzeugen für Informationen gar nicht erreichbar sind.

Die Kriminalisierung des Gewerkschaftskollegen Kaphegyi, der sich gegen die skandalöse Tarifflicht bei REAL einsetzt, ist eine Justizposse, in der sich einzelne verbeamtete und lebenslang abgesicherte Tübinger Polizist\*innen und ein/e Staatsanwält\*in zum Handlanger eines Konzerns machen, der sich massiv seiner gesellschaftlichen Verantwortung entzieht. Grundrechte werden dadurch eingeschränkt, politisch und sozial engagierte Kolleg\*innen werden kriminalisiert und es wird versucht über Strafgeelder sie finanziell zu schädigen. So ein unsägliches Verfahren sollte gar nicht eingeleitet werden. Für diese demokratie- und arbeitnehmerrechtsfeindliche Politik Einzelner Unvernünftiger in den Sicherheitsorganen, werden Steuergelder und wertvolle [Arbeitszeit](#) vergeudet. Das darf nicht sein. Gegen die Tarifflicht und das Enteignen der Beschäftigten bei REAL um fast ein Drittel ihres Lohnes muss endlich die Politik aktiv werden und den [Tarifvertrag](#) von ver.di für allgemeinverbindlich erklären. Das ist ein für solche Fälle gesetzlich vorgesehener Vorgang!